



Dokumentationen des ICEP 1/2005

„Solidarität – über Steuern oder innerhalb der sozialen Sicherungssysteme?“

Gründungsveranstaltung des Berliner Instituts für christliche Ethik
und Politik am 13. Mai 2005



Mit einem Streitgespräch „Sozialpolitik kontrovers“ hat sich das Berliner Institut für christliche Ethik und Politik (ICEP) am 13. Mai in der Katholischen Akademie offiziell vorgestellt. Im Beisein von Repräsentanten aus Kirche, Politik und Verbänden unterstrich der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Karl Lehmann, in seinem Grußwort, dass politische Entscheidungen und Reformvorhaben nicht allein aus wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und Sachzwängen

abgeleitet werden könnten. Eine Politikberatung aus christlicher Perspektive, wie sie das ICEP betreiben wolle, müsse die Eigengesetzlichkeiten der Welt anerkennen, sie aber auch in den Rahmen eines Bildes vom Menschen stellen, „den Gott als freien und zu verantwortlichem Handeln Verpflichteten geschaffen hat.“ „Politikberatung aus christlicher Perspektive muss konkret sein“, so Lehmann. Daher begrüße er das Anliegen des ICEP, bei der Lösungssuche für gesellschaftliche Probleme, wie Arbeitslosigkeit, Kinderarmut und den grundlegenden Veränderungen der sozialstaatlichen Ordnung insgesamt, das christliche Menschen- und Gesellschaftsbild zur Geltung zu bringen. Lehmann bewertete die Gründung und Profilbildung des ICEP als ermutigendes Zeichen dafür, dass die wissenschaftlich-sozialethische Beratung im politischen Raum wieder mehr Gewicht erhalte.



Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gudrun Schaich-Walch bezeichnete die christlichen Kirchen als „wichtige Gesprächspartner“ in der Diskussion über die notwendigen Veränderungen der sozialen Sicherungssysteme. Gerade in Zeiten gesellschaftspolitischer Änderungsprozesse, sei eine Festigung der sozialen Sicherung auf der Basis von Gemeinsinn und Solidarität erforderlich, auch „als Signal an die Menschen, die jetzt besonders verunsichert sind.“ Das

neu gegründete ICEP biete eine „hervorragende Plattform“ dafür, die grundsätzlichen Orientierungen, denen die Sozialpolitik verpflichtet sei, wieder stärker zu bedenken.

„Die christliche Ethik ist immer noch ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft“, betonte CDU/CSU-Fraktionsvize Wolfgang Zöller. Angesichts von Veränderungen aufgrund der Globalisierung der Weltwirtschaft, denen sich viele ausgeliefert fühlen, sei es eine wichtige Aufgabe, der sich das ICEP annehme, die notwendige Wertorientierung der Politik durch Beratung wach zu halten. Dass die Gewährung sozialer Sicherheit ein zentrales Menschenrecht sei, das zu den klassischen Freiheitsrechten zähle, müsse dabei im Mittelpunkt stehen, so Zöller.



Mit dem anschließenden Streitgespräch zwischen Politik, Volkswirtschaft und christlicher Ethik realisierte das ICEP direkt die in den Grußworten geforderte Plattform für sozialetische Überlegungen im politischen Raum. Über die Frage, ob Solidarität in erster Linie über Steuern oder auch innerhalb der Sozialversicherungssysteme organisiert werden sollte, diskutierten unter der Moderation von Dr. Ursula Weidenfeld (Stv. Chefredakteurin Der Tagesspiegel), Franz Thönnies, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung, der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, Professor Norbert Walter sowie Professor Gerhard Kruij, Leiter des Forschungsinstituts für Philosophie Hannover und Beiratsmitglied des ICEP.

Für Franz Thönnies kann Solidarität nur durch einen Mix von Steuer- und Beitragsfinanzierung in den Sozialversicherungssystemen gewährleistet werden. Mit den Maßnahmen der Agenda 2010 wolle die Bundesregierung den Sozialstaat und den solidarischen Ausgleich der Lasten wie Krankheit und Pflegebedürftigkeit im Kern erhalten. Dies gehe aber nur, wenn auf Dauer in die Bereiche Bildung und Familienförderung investiert werde.



Von links: Prof. Norbert Walter, Staatssekretär Franz Thönnnes, Dr. Ursula Weidenfeld und Prof. Dr. Gerhard Kruij

Norbert Walter unterstrich hingegen, dass der Versicherungscharakter der sozialen Sicherung wieder in den Vordergrund rücken und der soziale Ausgleich und die politisch gewollte Umverteilung über das Steuersystem erfolgen müsse. Durch zu hohe Abgaben und den Mangel an Zukunftsvorsorge durch Kinder sei letztlich auch die Reform des umlagefinanzierten Gesundheitssystems gefährdet. Ohne einen Ausbau der privaten Vorsorge in den Bereichen der Renten- und Krankenversicherung unterhöle der Sozialstaat seine eigene Basis und sei nicht zukunftstauglich.

Die Reform des Sozialstaats müsse insgesamt auf mehr Chancengleichheit, eine höhere Qualität in der Bildung und auf die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf abzielen, betonte Gerhard Kruij. Um weitere Exklusionen zu vermeiden, müsse gerade in diese Bereiche investiert werden, denn „ein Mehr an Ungerechtigkeit“, so Kruij, „kann sich unsere Gesellschaft nicht leisten.“ Gerhard Kruij plädierte ähnlich wie Staatssekretär Thönnnes für eine Mischfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme, bei der allerdings die jeweilige Leistungsfähigkeit stärker berücksichtigt werden müsse.



ICEP-Geschäftsführer Prof. Dr. Christof Mandry und Kardinal Karl Lehmann



KHSB-Rektor Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl

Bei der zukünftigen Arbeit des ICEP wird der Austausch zwischen politischen Akteuren über die ethischen Grundlagen und Optionen innerhalb des politischen Gestaltungsraums weiter im Mittelpunkt stehen. Sozialethische Politikberatung sei dabei nur möglich, so der Rektor der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB), Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, „wenn sie sich auf eine unmittelbare, also auf eine *dialogisch-diskursive* Tuchföhlung mit den maßgeblichen und politisch verantwortlichen Akteuren einlässt.“ Zwar gebe es im eigentlichen Sinn keine „christliche Politik“,

wohl aber *christlich verantwortete Politik*, die auf moralische Orientierungspunkte und Überzeugungen gründe. Zu diesen Grundoptionen gehöre, so Lob-Hüdepohl, insbesondere die „vorrangige Option für die Armen“ als Leitmotiv gesellschaftlichen Handelns, in der sich die Einheit von Gottes- und Nächstenliebe konkretisiere.

Das ICEP ist ein sozialethisches Forschungs- und Beratungsinstitut, das von einem christlich-ethischen Standpunkt aus Beratung und Expertise für Entscheider und Betroffene von gesellschaftspolitischen Veränderungsprozessen anbietet. Als staatlich geförderte Forschungseinrichtung ist es an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin angesiedelt. Der inhaltliche Schwerpunkt liegt im Bereich des Sozial- und Gesundheitswesens.

Text: Christof Mandry / Stefan Kurzke-Maasmeier, Fotos: Rainer Klaunick



ICEP • Berliner Institut für christliche Ethik und Politik
Köpenicker Allee 39-57
10318 Berlin
Tel.: 030 – 50 10 10 914 /-913
Fax.: 030 – 50 10 10 932
info@icep-berlin.de
www.icep-berlin.de